



Jahresvertrag 2026 Fahrradparkanlagen

Baubeschreibung

Inhalt

1.	Allgemeine Beschreibung der Bauleistung	4
1.1.	Auszuführende Leistungen	4
1.1.1.	Zweck und Nutzung	4
1.1.2.	Art und Umfang	4
1.2.	Ausgeführte Vorarbeiten	4
1.3.	Ausgeführte Leistungen	4
1.4.	Gleichzeitig laufende Arbeiten	4
1.5.	Mindestanforderungen für Nebenangebote	4
2.	Angaben zur Baustelle	5
2.1.	Lage der Baustelle	5
2.2.	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	5
2.3.	Zugänge, Zufahrten	5
2.4.	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	5
2.5.	Lager- und Arbeitsplätze	5
2.5.1.	Platz für Baustelleneinrichtung	5
2.6.	Baugrundverhältnisse	5
2.7.	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	5
2.8.	Zu schützende Bereiche und Objekte	5
2.9.	Anlagen im Baubereich	5
2.10.	Öffentlicher Verkehr im Baubereich	6
2.10.1.	Straßenverkehr	6
3.	Angaben zur Ausführung	6
3.1.	Verkehrsführung, Verkehrssicherung	6
3.2.	Bauablauf	6
3.3.	Wasserhaltung	7
3.4.	Baubeihelfe	7
3.5.	Stoffe, Bauteile	7
3.5.1.	Verkehrszeichen	7
3.5.2.	Ausführung des Signalbildes	7
3.5.3.	Bildträger	7
3.5.4.	Aufstellvorrichtungen	8
3.6.	Abfälle	8
3.7.	Winterbau	8
3.8.	Beweissicherung	8
3.9.	Sicherungsmaßnahmen	8
3.10.	Belastungsannahmen (Brückenbau)	8
3.11.	Vermessungsleistungen, Aufmassverfahren	8

3.11.1.	Vermessung	8
3.11.2.	Aufmassverfahren	9
3.12.	Prüfungen	9
-	Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes.....	9
4.	Ausführungsunterlagen	9
4.1.	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen.....	9
4.2.	Vom Auftragnehmer zu beschaffende Ausführungsunterlagen	9
5.	Zusätzliche Technische und sonstige Technische Vertragsbedingungen	9

1. Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

1.1. Auszuführende Leistungen

1.1.1. Zweck und Nutzung

Zur Erstellung von Fahrradparkanlagen im öffentlichen Verkehrsraum ist die Aufstellung von Fahrradbügeln bzw. Lastenradbügeln erforderlich. Die Aufstellung erstreckt sich auf Gehweganlagen und Fahrbahnanlagen. Der Vertrag gilt bis zum Ablauf des 31.03.2024.

1.1.2. Art und Umfang

Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen die Ausführung von Montage- und Lieferleistungen von Fahrradanhängerbügel, Verkehrszeichen, inkl. notwendiger Pfosten, und Fahrbahnmarkierungsleistungen im öffentlichen Verkehrsraum.

Die Arbeiten verteilen sich auf die gesamten Zuständigkeitsbereiche des Amtes für Straßen und Verkehr Bremen.

Soweit im Leistungsverzeichnis nicht anders ausgewiesen verstehen sich alle Arbeiten als Liefer- und Montageleistung. Sämtliche Kosten für Befestigungsmaterialien wie Schrauben, Schellen usw. sind in den Leistungen einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Kosten für Baustelleneinrichtung und -räumung sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Bei der Lieferung und Anbringung von Verkehrszeichen sind insbesondere die Straßenverkehrsordnung, die allgemeinen Ausführungen zu den §§ 39 bis 43 StVO (Rn. 7 – 48) der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung und die einschlägigen Regelwerke zum Stand der Technik in der jeweils aktuellen Fassung (s. auch Kap. 5.3) zu beachten.

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt zu den normalen Arbeitszeiten an Werktagen.

Ein Anspruch auf Einhaltung der ausgeschriebenen Mengen besteht nicht. Mengenverschiebungen in den einzelnen Positionen sind aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse möglich.

1.2. Ausgeführte Vorarbeiten

- entfällt

1.3. Ausgeführte Leistungen

- Unmittelbar nach Ausführung der beauftragten Leistung, ist eine Fertigstellungsmeldung, schriftlich beim AG einzureichen

1.4. Gleichzeitig laufende Arbeiten

- entfällt

1.5. Mindestanforderungen für Nebenangebote

- siehe Punkt 7 der Aufforderung zur Angebotsabgabe

2. Angaben zur Baustelle

2.1. Lage der Baustelle

Sämtliche Stadtstraßen in der Zuständigkeit der Freien Hansestadt Bremen.

2.2. Vorhandene öffentliche Verkehrswege

- Siehe Punkt 2.1

2.3. Zugänge, Zufahrten

Über die unter Punkt 2.1 genannten Verkehrswege

2.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Die Beschaffung von Wasser sowie die Möglichkeit des Stromanschlusses und die Entsorgung von Abwasser ist Angelegenheit des Auftragnehmers.

2.5. Lager- und Arbeitsplätze

2.5.1. Platz für Baustelleneinrichtung

Platz für notwendige Baustelleneinrichtung hat der AN vor Ort selbst zu organisieren und bei notwendigen Absperrung diese Flächen im Antrag auf Sicherung für Baustellen aufzuführen. Diese Leistung wird nicht gesondert vergütet und ist in die Einheitspreise einzurechnen.

2.5.2. Lagerplätze

Es ist Sache des Auftragnehmers für die erforderlichen Lager- und Arbeitsplätze zu sorgen, vom AG werden keine Lagerflächen auf den Betriebshöfen zur Verfügung gestellt. Gewässer

2.6. Baugrundverhältnisse

- entfällt

2.7. Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Die Entsorgung des Aufbruchmaterials hat nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen. Auf Umweltschutzbestimmungen bei der Beseitigung des Aufbruchgutes wird hingewiesen.

Eine mögliche Wiederverwendung bzw. Recycling des Aufbruchgutes wird zur Schonung der Neumaterialien empfohlen.

2.8. Zu schützende Bereiche und Objekte

- entfällt

2.9. Anlagen im Baubereich

Im Baubereich sind Ver- und Entsorgungsleitungen vorhanden. Der AN hat sich vor Baubeginn über die Lage der vorhandenen Leitungen bei den zuständigen Versorgungsunternehmen zu informieren und die aktuellen Leitungspläne von den Versorgungsunternehmen einzuholen. Erschwernisse bei der Bauausführung aufgrund der vorhandenen Leitungen sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet

Bei der Bauausführung sind vom AN folgende Kriterien zu beachten:

- Handschachtung im Bereich erdverlegter Ver- und Entsorgungsleitungen.
- Einhaltung von Sicherheitsabständen und Sicherungsmaßnahmen gemäß den geltenden Vorschriften.
- Keine Beeinträchtigung der Standsicherheit von Freileitungsmasten.
- Einhalten des Mindestabstandes bei Einsatz von Maschinen.

Für evtl. Schäden, auch gegenüber Dritten, haftet allein der AN.

Sollten bei einer vorab durchzuführenden Baustellenbegehung noch Forderungen von Leitungsbehörden gestellt werden, sind diese in den Bauablauf einzubeziehen.

2.10. Öffentlicher Verkehr im Baubereich

2.10.1. Straßenverkehr

Für die im Bereich der Baustelle liegenden Grundstückseigentümer muss in jedem Baustadium die Möglichkeit bestehen, ungehindert zu ihren Grundstücken zu gelangen. Gegebenenfalls sind provisorische Maßnahmen zu diesem Zweck vom AN durchzuführen und, solange erforderlich, zu unterhalten.

Insbesondere wird auf die Gewerbetreibenden mit Publikumsbetrieb hingewiesen. Die Erschwernisse sind in die Baustelleneinrichtungsposition einzukalkulieren.

3. Angaben zur Ausführung

3.1. Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Die Bestimmungen der Straßengesetze, der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Verwaltungsvorschrift zur StVO, die ZTV-SA 97, die RSA-21 und das M VAS 99 sind zu beachten.

Für die Sicherung der Arbeitsstelle ist der AN verantwortlich.

Die Verkehrsregelung und Verkehrssicherung ist gemäß vom AN einzuholender Anordnung der Verkehrsbehörde des ASV (Abt. 3) bzw. der Verkehrssachbearbeiter bei der Polizei auszuführen. Eine gesonderte Vergütung für Verkehrssicherungsarbeiten erfolgt nicht, sondern ist in die Einheitspreise einzukalkulieren, siehe auch 1.1.2 der Baubeschreibung.

Bei jedem Antrag auf Sicherung einer Baustelle ist ein verantwortlicher Bauleiter von der beauftragten Baufirma zu benennen. Der benannte Bauleiter trägt bis zum Abschluss der jeweiligen Baumaßnahme die Verantwortung über die Verkehrssicherungsmaßnahmen.

Alle Ansprüche aus mangelhafter Beschilderung sind vom AN zu vertreten.

3.2. Bauablauf

Die Arbeiten werden in jedem Falle durch Abrufschein in Auftrag gegeben und sind innerhalb von 4 Wochen auszuführen.

3.3. Wasserhaltung

- entfällt

3.4. Baubehelfe

Baubehelfe sind Sache des AN, soweit keine Leistungspositionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

3.5. Stoffe, Bauteile

3.5.1. Verkehrszeichen

Alle Schilder haben den im Folgenden aufgeführten Vorschriften zu entsprechen. Die Übereinstimmung mit der VwV-StVO zu den §§ 39 bis 43: "Die Ausführung der Verkehrszeichen darf nicht unter den Anforderungen anerkannter Gütebedingungen liegen." ist durch ein entsprechendes Gütezeichen nachzuweisen. Zurzeit sind anerkannte Gütebedingungen im Sinne der StVO die RAL - Gütebedingungen der Güteschutzgemeinschaft für Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen e.V. Hagen („Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen“ RAL-GZ 628 vom Mai 2010). Das Gütezeichen des Herstellers mit Hersteller-Kennziffer und Herstellungsdatum (Quartal und Jahr) ist mit dem Namen der Lieferfirma auf der Rückseite witterungsbeständig anzubringen. **Die Gütezeichennummer ist mit Angebotsabgabe anzugeben.**

Die Abmessungen der Verkehrszeichen sind in den Positionen des Leistungsverzeichnisses bzw. dessen Anlagen angegeben. Bei Wegweisern ist die Beschriftung in fetter Mittelschrift nach DIN 1451 Teil 2 auszuführen.

3.5.2. Ausführung des Signalbildes

Es dürfen nur von der BASt zugelassene und von anerkannten Stellen geprüfte Materialien verwendet werden. **Der Lieferant ist mit Angebotsabgabe zu benennen.** Reflexstoffe verschiedener Hersteller dürfen nicht gemischt werden. Die Farben müssen der DIN 6171 Tabelle 3 entsprechen.

Nach den zu verwendenden Retroreflexions-Klassen werden folgende Varianten für die Schildvorderseite unterschieden:

RA2 : Reflexstoffe mit eingekapselten Mikrogaskugeln gemäß DIN 67 520 Teil 2

RA3 : Reflexstoffe mikrop Prismatischer Materialien gemäß DIN 67 520 Teil 4

Reflexstoffe der Retroreflexionsklassen RA2 können auch mikrop Prismatisch aufgebaut sein.

Folgende Verkehrszeichen bzw. Verkehrseinrichtungen als Einfolienschilder in der Ausführung RA2/RA3 hergestellt werden: (nach STVO) 205, 206, 209 – 214, 222, 267, 450 – 452, 600, 605 und 625.

3.5.3. Bildträger

Material

Der Bildträger ist aus Aluminium nach DIN EN 573-3, -4, DIN EN 458 und DIN EN 515, Werkstoffzustand F oder G herzustellen. Umlaufende Randprofile sowie Aussteifungs- und Stoß-

oder Verbindungsprofile sind ebenfalls aus Aluminium herzustellen. Verbindungsmittel sind in Aluminium auszuführen.

Profilverstärkter Bildträger

Der profilverstärkte Bildträger hat ein umlaufendes Kantenschutzprofil, dessen Profilhöhe 30 mm beträgt. Profil und Blech sind derart miteinander zu verbinden, dass ein Bewegen des Bleches in der Aufnahmenut des Profils nicht möglich ist. Die Ebenheit und die Mindestblechdicken sind entsprechend den Güteanforderungen auszuführen. Bohrungen und Lochungen auch zum Zwecke der Anbringung von Befestigungsmitteln (Schellen) sind nicht zulässig. Die Mindestzugfestigkeit beträgt 155 N/ mm².

Rückseite des Bildträgers

Die Rückseite ist nach DIN 6171 grau (Grau B) zu lackieren.

3.5.4. Aufstellvorrichtungen

Zur Befestigung der Schilder an den Aufstellvorrichtungen sind Schrauben, Muttern und U-Scheiben aus Edelstahl der Güte V2A zu verwenden.

Die Verkehrszeichenträger sind aus Stahl S 235 JR, innen und außen feuerverzinkt nach DIN 50967, herzustellen, zu liefern und zu montieren.

Stahlschellen, Schellenbänder und Spannelemente müssen nach DIN 18800 mindestens die Qualität ST 37-2 oder rostfreier Stahl der Legierung A2 aufweisen. Für Schellenhalte- und Befestigungsschrauben sowie Muttern ist rostfreier Stahl mindestens der Legierung A2 zu verwenden. Stahlbauteile sind, soweit sie nicht aus rostfreiem bestehen, nach DIN EN ISO 1461 feuerverzinken. Für Aluminiumbauteile ist kein zusätzlicher Korrosionsschutz erforderlich.

3.6. **Abfälle**

Fachgerechte Entsorgung sämtlicher Bauteile ist Sache des AN.

3.7. **Winterbau**

- entfällt

3.8. **Beweissicherung**

- entfällt

3.9. **Sicherungsmaßnahmen**

- entfällt

3.10. **Belastungsannahmen (Brückenbau)**

- entfällt

3.11. **Vermessungsleistungen, Aufmassverfahren**

3.11.1. Vermessung

- entfällt

3.11.2. Aufmassverfahren

Sämtliche Aufmaße sind nach vorheriger Abstimmung mit der örtlichen Bauüberwachung gemeinsam durchzuführen. Aufmassverfahren entsprechend Leistungsverzeichnis und der gültigen Vorschriften.

Jeder einzelne Leistungsabruf ist mit eigenständiger Rechnung abzurechnen.

Die Schlussrechnung ist als Original mit 2 Durchschriften wie nachfolgend aufgegliedert in DIN A4 – Ordern vorzulegen:

- Schlussrechnung
- Massenermittlung
- Lieferscheine
- Prüfzeugnisse
- Abrechnungsunterlagen
- Aufmaße
- Tagebuch
- Foto der verbauten Bügel

3.12. Prüfungen

Entsprechend Bauvertrag und der technischen Vorschriften

- **Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes** entfällt

4. Ausführungsunterlagen

4.1. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

In der Regel Angabe der Vz-Nr. und Größe in Schriftform, ggf. Text für Zusatzzeichen.

4.2. Vom Auftragnehmer zu beschaffende Ausführungsunterlagen

- entfällt

5. Zusätzliche Technische und sonstige Technische Vertragsbedingungen

siehe Anlage zur Baubeschreibung

Anlage 1: Beschreibung Lastenfahrradbügel

Anlage 2: Anlage zur Baubeschreibung